

Protokoll
zur Sitzung des AK2 vom 01.03.2016

BBWA
Friedrichshain-
Kreuzberg

ak2

Arbeitskreis
Neue Wege
in Beschäftigung

TeilnehmerInnen:

Herr Dr. Maaß	Sprecher AK 2, GFBM gGmbH
Frau Kubisch-Hillebrand	Sprecherin AK 2, AGRARBÖRSE e.V.
Herr Kolipost	BUF
Frau Lippelt	meco Akademie
Frau Singh	Amikal e.V.
Frau Wiese	BUS gGmbH
Herr Bunke	BWK
Frau Kiel	Arbeitsweg e.V.
Frau Kremer	Arbeitsweg e.V.
Frau Liedholz	Schildkröte GmbH
Frau Sunder Pläßmann	NHU e.V.
Frau Schneider-Mezari	Die Wille gGmbH
Herr Thürk	Steremat AFS GmbH
Frau Reihls	JC- FK
Frau Günenc	Geschäftsstelle BBWA
Frau Kühnel	Geschäftsstelle BBWA

Tagesordnung:

TOP 0 - Protokollkontrolle

TOP 1 - Bezirksliches Netzwerk zur Unterstützung der Kampagne „Warum Minijob? Mach mehr draus!“ –
Auch eine Idee für den AK2? - Beginn der Arbeit, erste Informationen

TOP 2 - Neues aus und Zusammenarbeit mit dem Jobcenter

TOP 3 - Sonstiges/Termine für 2016

TOP 0

keine Anmerkungen

TOP 1

Zu der Frage, ob wir ein bezirkliches Netzwerk zur Unterstützung der landesweiten Kampagne „Warum Minijob? - Mach mehr draus!“ einrichten wollen, hat es einige weitere Arbeitstreffen der Unterarbeitsgruppe und ein erstes Gespräch mit Viveka Ansorge, zu der Zeit Projektleiterin Joboption von ziz (jetzt ArbeitGestalten GmbH), gegeben. Es wurde beschlossen, ein solches Netzwerk zu initiieren.

Erste Überlegungen dazu:

Warum? :

- Anteil der Minijobs am Arbeitsmarkt in F-K derzeit bei etwa 11-13%.
- ungenügende Aufklärung von Beschäftigten und Unternehmen zu Vorteilen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- mögliche Funktion der AK2-Aktuere als Multiplikatoren

Wie umsetzen? :

- Zu Beginn gibt es eine Infoveranstaltung für die AkteurInnen des Bündnisses und ihre PartnerInnen am 10.03.2016, 13.00 – 15.00 Uhr, Bezirksamt FK, Frankfurter Allee 35-37, Aufgang A (VHS), Raum 3102/03. Es wird einen Fachvortrag durch eine Vertreterin von Joboption geben. Spätestens im September wird es eine offizielle Auftaktveranstaltung geben. Erste Überlegungen zu einer projektfinanzierten Umsetzung der Netzwerkarbeit liegen bereits vor und werden in der Unterarbeitsgruppe präzisiert.
- Eine mögliche Schnittstelle für die Zusammenarbeit zwischen AK2 und AK1 könnte in der Durchführung von Branchengesprächen liegen (z.B. Gastro, Reinigung).
- Es wird angeregt, dass das Netzwerk eng mit dem Jobcenter zusammenarbeitet. Es wird geprüft, ob es eine/n direkte/n AnsprechpartnerIn geben wird (M. Reihs).
- Beherbergung der Wanderausstellung: Die Abstimmung zu den Veranstaltungsorten läuft bereits. Eine detailliertere Einladung folgt.

Die Unterarbeitsgruppe ist offen und freut sich über neue MitstreiterInnen und weitere Ideen für die Umsetzung. Interessierte treffen sich im Anschluss an die Veranstaltung vom 10.03.2016, um weiteres Vorgehen und Termine abzustimmen.

TOP 2

- Das Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg hat seit dem 01.02.16 einen neuen Bereichsleiter und stellvertretenden Geschäftsführer: Herrn Kahlenberger (ehemals Jobcenter Spandau).
- Umsetzung der Eingliederungsleistungen: Senkung von 37 Mio. in 2015 auf 32 Mio. in 2016 (davon 300.000 für Geflüchtete, derzeit keine Extra-Mittel für Geflüchtete), drastisches Absinken der AGH-Zahlen, vor allem auch infolge der 2-in-5-Regel (Plan 2016: 283 Plätze Ü25, 16 Plätze U25, 185 Plätze Fallmanagement), also weniger Geld für Eingliederungsleistungen zur Verfügung.
- Mittel AVGS MAT werden etwas reduziert.
- Mittel für Eingliederungszuschüsse und Eingliederungsgeld bleiben ungefähr gleich.
- Mittel für AVGS AG bleiben auch ungefähr gleich.
- Der Anteil der FAV-Stellen wird im Gegensatz zum Vorjahr (180) leicht erhöht (auf 220).
- Budget FbW §45 wird gesenkt. Informationen dazu finden sich der Seite der Bundesagentur, [Bildungszielplanung](#).

- In jedem Team wird sich ein/e VermittlerIn speziell mit der Geflüchteten thematik auseinandersetzen. Entsprechende Schulungen für Integrationsfachkräfte finden statt. Gesamtkoordinator ist Herr Oberfeldt. Dolmetscher wurden akquiriert. Bislang sind jedoch nur 738 Geflüchtete im Leistungsbezug. Der erwartete Ansturm ist vorerst ausgeblieben.
- Ein Begrüßungs- und Unterstützungszentrum (BUC) wird eingerichtet (Ausschreibung läuft).
- Im Rahmen von Perspektiven für Flüchtlinge - Potentiale identifizieren, Integration ermöglichen (PerF), das ab 01.03.2016 im Jobcenter FK für arbeitslose Asylbewerber und Geduldete mit Arbeitsmarktzugang umgesetzt wird, werden dort gegenwärtig 60 TN betreut.
- Reine Flüchtlingsmaßnahmen lehnt das Jobcenter FK ab, da dies nicht der Integration diene. Vielmehr werden gezielt Träger angeschrieben, die Flüchtlinge in ihre AGH aufnehmen könnten und dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen können.
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wird in FK nicht umgesetzt.

TOP 3

- Auch in Berlin sind **Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz** (AsylbLG) geplant. Ein entsprechendes Pilotprojekt läuft unter der Ägide der SenAIF (Herr Dr. Günther) in Lichtenberg. Konkretere Informationen folgen.
- Infos zur neuen **Förderperiode 2014-20** und zum **Aktionsplan des BBWA**:
 - Die zgs consult GmbH hat den Zuschlag für die ausgeschriebene Umsetzung der Programme "Lokales Soziales Kapital" (LSK) und „Partnerschaft - Entwicklung – Beschäftigung“ (PEB) erhalten. Vom **15.03.2016 bis zum 29.04.2016, 12.00 Uhr** finden die Ideenwettbewerbe für PEB und LSK statt. In diesem Zeitraum können Projektvorschläge in den jeweiligen BBWA-Geschäftsstellen eingereicht werden.

3 Infoveranstaltungen zu den Richtlinien und zum Procedere der Beantragung werden stattfinden:

17.03.2016	14.00 Uhr	Rathaus Steglitz
22.03.2016	10.00 Uhr	Rathaus Mitte
05.04.2016	10.00 Uhr	Lichtenberger Rathaussaal

- Die Geschäftsstelle des BBWA bietet Beratung zu PEB/LSK an. Die Projekte müssen noch in diesem Jahr beginnen. Im 2. Halbjahr wird es einen 2. Aufruf geben.
Voraussetzung für dieses Verfahren ist, dass am 11.03.16 vom Steuerungsausschuss des BBWA der neue Aktionsplan für das Bezirkliche Bündnis verabschiedet wird. Nachdem die Arbeitskreise des Bündnisses ihre Entwürfe für die Handlungsfelder 1 und 2 des Aktionsplans eingereicht haben, liegt nun ein finaler Entwurf vor. Die Präambel wird um die Zielgruppe der Geflüchteten ergänzt

werden. Nach der Verabschiedung kann der [Aktionsplan](#) auf der Webseite des BBWA FK eingesehen werden. Frau Grohmann wird weiter Ansprechpartnerin für den Bereich Vergabe und Verwaltung von Fördermitteln sein. Weitere AnsprechpartnerInnen für die einzelnen Themenfelder können in Kürze der Internetseite der [zgs consult GmbH](#) entnommen werden.

- Seit Anfang des Jahres hat der Bezirk eine **Flüchtlingskoordinatorin**: Frau Eschner. Wir hoffen, sie bald einmal in unserem Arbeitskreis begrüßen zu können.

- Am 29.02.2016 fand im Estrel-Hotel eine gut besuchte **Jobbörse für geflüchtete Menschen** statt. Mehr als 200 Berliner Unternehmen, Bildungsträger und Beratungsorganisationen sowie die Agentur für Arbeit standen auf dieser Informations- und Kontaktveranstaltung für geflüchtete Menschen und Arbeitgeber mit Angeboten zu Jobs, Berufsausbildung und Qualifizierung, Einblicken in verschiedene Berufe und für berufliche Beratung zur Verfügung.

- Frau Lippelt berichtet von einem **Treffen, das am 23.02.2016** zwischen Bildungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit und der bag arbeit stattgefunden hat und auf dem es darum ging, was angesichts der veränderten gesellschaftlichen Lage und der verfestigten Arbeitslosigkeit am sozialen Arbeitsmarkt verändert werden muss und wie die Mittel in Zukunft sinnvoller eingesetzt werden sollten. In diesem Zusammenhang sei zum Beispiel erwähnt, dass von den im Rahmen des Bundesprogramms Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt eingerichteten 30.000 Plätzen, nur 3.000 nachgefragt worden sind (10%).

- Am 01.08.2016 tritt ein **Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung** (Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz – AWStG) in Kraft. Ausdrückliches Ziel dieses Gesetzes zur Stärkung der Instrumente der beruflichen Weiterbildung im Recht der Arbeitsförderung (SGB III) ist der verbesserte Zugang von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Langzeitarbeitslosen zu einer abschlussbezogenen Weiterbildung. Die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen wird fortentwickelt, indem die Förderung weiter flexibilisiert wird. Die Neuregelungen im Recht der beruflichen Weiterbildung sollen auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) greifen.

- Bundesagentur für Arbeit, Landkrestag und Städtetag haben ein Positionspapier (29.02.2016) veröffentlicht, in dem sie die **Weiterentwicklung von Regelungen für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge** fordern. Es enthält Vorschläge, wie der notwendigen besseren Förderung von Langzeitarbeitslosen sowie der stark wachsenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylberechtigten

innerhalb des SGB II entsprochen werden kann. Außerdem benennt es Möglichkeiten zur Entlastung der Jobcenter sowie zur Vereinfachung der Verfahren im SGB II und gibt Anregungen für eine effizientere Bearbeitung.

- Die [Bildungszielplanung](#) 2016 der Bundesagentur ist im Netz.
- **Flüchtlinge integrieren – Kommunen stärken:** Um Kreise und kreisfreie Städte bei der Integration von Flüchtlingen optimal zu unterstützen, ermöglicht das Bundesbildungsministerium die Finanzierung von bis zu drei kommunalen Koordinator/-innen mit der Förderrichtlinie „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“. Sie ist Teil des BMBF-Maßnahmenpakets zur Integration von Flüchtlingen und eingebettet in die "Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement". Kernaufgabe der Koordinator/-innen ist es, die Vielzahl der kommunalen Bildungsakteure zu vernetzen sowie die Bildungsangebote und Bildungsbedarfe vor Ort aufeinander abzustimmen. Für die Antragstellung sind drei Vorlagetermine vorgesehen (01.03.16, 01.06.2016 und 01.09.16.) Die ersten Vorhaben können im Frühsommer 2016 starten. Es wird zunächst von einer zweijährigen Projektphase ausgegangen.
- Ab Mitte 2017 tritt das viel diskutierte Entbürokratisierungsgesetz in Kraft (muss noch durch den Bundesrat). Es soll der Rechtsvereinfachung im SGB II dienen. So soll zum Beispiel der Bewilligungszeitraum auf 12 Monate verlängert werden. Zur Auseinandersetzung mit dem Thema sei die [Stellungnahme](#) der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege empfohlen (www.bagfw.de).

Termine:

- 10.03.16 - Auftaktveranstaltung Bezirksliches Netzwerk „Warum Minijob? - Mach mehr draus“
- 10.03.16 ab 16.00 Uhr - Interkulturelles Begegnungszentrum Box66, Sonntagstraße 9: BürgerInnen-Sprechstunde mit Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann. Tel-Nr.: zur Anmeldung: 81700540

nun noch Grüße und beste Wünsche für die nächste Zeit

Protokollverantwortliche: Ulrike Kremer, Arbeitsweg e.V.